

Beckert, Jens; Arndt, H. Lukas R.

Working Paper

Unverdientes Vermögen oder illegitimer Eingriff in das Eigentumsrecht? Der öffentliche Diskurs um die Erbschaftssteuer in Deutschland und Österreich

MPIfG Discussion Paper, No. 16/8

Provided in Cooperation with:

Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIfG), Cologne

Suggested Citation: Beckert, Jens; Arndt, H. Lukas R. (2016) : Unverdientes Vermögen oder illegitimer Eingriff in das Eigentumsrecht? Der öffentliche Diskurs um die Erbschaftssteuer in Deutschland und Österreich, MPIfG Discussion Paper, No. 16/8, Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/142328>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



MPIfG Discussion Paper 16/8

**Unverdientes Vermögen oder illegitimer Eingriff
in das Eigentumsrecht?**

Der öffentliche Diskurs um die Erbschaftssteuer
in Deutschland und Österreich

Jens Beckert und H. Lukas R. Arndt



Jens Beckert, H. Lukas R. Arndt

Unverdientes Vermögen oder illegitimer Eingriff in das Eigentumsrecht? Der öffentliche Diskurs um die Erbschaftssteuer in Deutschland und Österreich

MPIfG Discussion Paper 16/8

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln
Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne
June 2016

MPIfG Discussion Paper
ISSN 0944-2073 (Print)
ISSN 1864-4325 (Internet)

© 2016 by the authors

About the authors

Jens Beckert is Director at the Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne.
Email: beckert@mpifg.de

H. Lukas R. Arndt is research assistant at the Max Planck Institute for the Study of Societies in Cologne and graduate student in sociology at Bielefeld University.
Email: arndt@mpifg.de

MPIfG Discussion Papers are refereed scholarly papers of the kind that are publishable in a peer-reviewed disciplinary journal. Their objective is to contribute to the cumulative improvement of theoretical knowledge. The papers can be ordered from the institute for a small fee (hard copies) or downloaded free of charge (PDF).

Downloads

www.mpifg.de

Go to *Publications / Discussion Papers*

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Max Planck Institute for the Study of Societies
Paulstr. 3 | 50676 Cologne | Germany

Tel. +49 221 2767-0

Fax +49 221 2767-555

www.mpifg.de

info@mpifg.de

Abstract

Despite the significant impact of inheritance on perpetuating social inequality from one generation to the next, a majority of Germans and Austrians are opposed to an inheritance tax. In order to understand the structure of the discourse on this issue, we investigate how opponents and proponents of an inheritance tax justify their respective positions. The paper draws on our content analysis of 3,573 arguments expressed in online debates triggered by two in-depth public interviews on the topic.

Zusammenfassung

Trotz der erheblichen Effekte der Vermögensvererbung für die Fortschreibung von sozialer Ungleichheit zwischen den Generationen spricht sich sowohl in Deutschland als auch in Österreich eine Mehrheit der Bevölkerung gegen die Erbschaftssteuer aus. In diesem Papier untersuchen wir, wie Gegner und Befürworter der Steuer ihre jeweilige Position begründen, und ergründen so die Strukturen des Diskurses zur Erbschaftssteuer. Datengrundlage sind die Online-Diskussionen, die zwei ausführliche Interviews zu dem Thema ausgelöst haben. Insgesamt wurden 3.573 Argumente inhaltsanalytisch codiert und ausgewertet.

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Vorgehen der Auswertung	3
3	Beschreibung des Diskurses	7
	Argumentation der Gegner	9
	Argumentation der Befürworter	14
4	Argumentationsmuster im Diskurs	18
	Argumentationsmuster	19
	Verwendung der Argumentationsmuster	21
5	Diskussion und Schlussfolgerung	23
	Anhang	27
	A Ermittlung der zu extrahierenden Faktoren	27
	B Ermittlung der Clusterzahl	28
	Literatur	29

Unverdientes Vermögen oder illegitimer Eingriff in das Eigentumsrecht? Der öffentliche Diskurs um die Erbschaftssteuer in Deutschland und Österreich

1 Einleitung

Simulationsrechnungen beziffern das jährlich in Deutschland vererbte Vermögen auf 220 bis 300 Milliarden Euro (Schinke 2012: 6–9). Für Österreich zeigen auf Befragungen basierende Untersuchungen ein derzeitiges Erbschaftsvolumen von knapp über 10 Milliarden Euro (Altzinger/Humer 2013: 22). Befragungen unterschätzen das tatsächliche Erbvolument jedoch erheblich, wie auch Altzinger und Humer (2013: 81) anmerken. In beiden Ländern ranken sich um den Transfer von Vermögen zwischen den Generationen erhebliche gesellschaftspolitische Kontroversen. Diese Kontroversen flackern insbesondere bei Debatten um Reformen der Erbschaftsbesteuerung immer wieder auf. Sowohl in Deutschland als auch in Österreich werden solche Reformen aktuell diskutiert (Beckert 2013; Gaisbauer et al. 2013).

Für die Frage, weshalb Vermögensvererbung eine so kontroverse Institution ist, gibt es etliche Anhaltspunkte. Einerseits ist Vermögensvererbung ein zentrales Instrument der Perpetuierung sozialer Ungleichheit zwischen den Generationen und steht als „unverdientes Vermögen“ quer zur Legitimation sozialer Ungleichheit aus Leistungsunterschieden. Andererseits wird die Vererbung von Vermögen als genuiner Teil liberaler Eigentumsrechte und des Ausdrucks familiärer Kontinuität und Solidarität gesehen (ausführlich dazu: Beckert 2004, 2013).

Verschiedene Umfragen zur Erbschaftsbesteuerung zeigen, dass sich in Deutschland etwa zwei Drittel der Bevölkerung zumindest skeptisch gegenüber der Erbschaftssteuer zeigen. So waren in einer Infratest-Umfrage von Mai 2013 65 Prozent der Befragten gegen eine Erhöhung der Erbschaftssteuer, wohingegen sich 53 Prozent für eine Erhöhung der Einkommenssteuer aussprachen (Infratest 2013: 4). Eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov ergab 2015, dass in Deutschland eine Mehrheit von 70 Prozent die Besteuerung von Erbschaften grundsätzlich unfair findet und nur 21 Prozent grundsätzlich fair (Schmidt 2015). Für Österreich wurde 2014 die

Für die Mitarbeit bei der Durchführung der Inhaltsanalyse danken wir Moritz Höfeld. Für hilfreiche Kommentare zu früheren Versionen des Artikels bedanken wir uns bei Philipp Korom, Lothar Koppel und Mark Lutter.

Stimmung durch das Market Institut erhoben. Demnach sprechen sich 39 Prozent eher für die Wiedereinführung einer „Erbchaftssteuer für alle“ aus und 49 Prozent dagegen. Bei einem Freibetrag von 250.000 Euro hingegen steigt die Zustimmung auf 56 Prozent und nur noch 30 Prozent sprechen sich dagegen aus (Market Institut 2014).

Wie aber begründen Akteure in Deutschland und in Österreich ihre Unterstützung oder Ablehnung der Erbschaftssteuer? Welche Argumente dominieren den öffentlichen Diskurs zu dem Thema? Die existierenden Umfragen zu Einstellungen zur Erbschaftssteuer geben keinerlei Hinweise darauf, wie die Befragten ihre Position *begründen*. Solche Begründungen ließen sich natürlich mithilfe darauf zielender Fragen mit dem Instrument der Umfrageforschung eruieren. Damit könnten repräsentative Daten erlangt werden. Doch haben Umfragen auch zumindest drei erhebliche Nachteile. Erstens wird durch die Standardisierung von Antworten das Ergebnis gelenkt und möglicherweise eingengt. Zweitens laufen die Ergebnisse Gefahr, durch Effekte der sozialen Erwünschtheit bestimmter Antworten beeinflusst zu sein. Und drittens würden sich in Umfragen auch Personen zu dem Thema äußern, die sich nie oder selten Gedanken um die Erbschaftssteuer machen. Diese Begründungen von Einstellungen zur Erbschaftssteuer würden gleichberechtigt mit Begründungen von Personen eingehen, die sich mit der Frage der Erbschaftssteuer aus eigenem Antrieb beschäftigen und somit auch eher als Wortführer im öffentlichen Diskurs in Erscheinung treten.

Wir haben deshalb in dieser Untersuchung einen anderen Weg als den der Befragung gewählt. Wir haben die Kommentare in einem deutschen und einem österreichischen Onlineforum ausgewertet, in denen jeweils ein ausführliches Interview zu dem Thema Anlass für die Diskussion gab. Die beiden Interviews sind insofern vergleichbar, als die vorgebrachten Argumentbegründungen, trotz einiger Unterschiede, insgesamt eine hohe Übereinstimmung aufweisen. In den Foren äußern sich Personen, denen die Lektüre des jeweiligen Interviews genügend Anlass gegeben hat, eine eigene Meinung zu dem Thema zu äußern oder einen Beitrag zu einem Sachverhalt innerhalb der Materie zu verfassen und in dem Forum zu veröffentlichen. Diese Äußerungen sind nicht repräsentativ, geben aber die Position von besonders aktiven Teilnehmern in der politischen Öffentlichkeit wieder. Außerdem lässt die Literatur zur Verwendung von Onlinediskussionen als Datengrundlage vermuten, dass online geführte Diskurse und interpersonale Kommunikation über politische Themen ähnliche Inhalte zu den Diskursen offline und den Diskussionen der Bürger über politische Themen haben (vgl. Abschnitt 2).¹

In ihrer Untersuchung von Gerechtigkeitsurteilen zur Vermögensverteilung in Österreich untersuchen Melchior und Schürz (2015), inwiefern sich geforderte Konsequenzen zum Umgang mit Ungleichheit daraus ableiten lassen, wie ökonomische Ungleichheit und ihre Ursachen wahrgenommen werden. Dabei zeigen sie, dass Einstellungen zu

1 Eine weitere Möglichkeit des Vorgehens wäre die Durchführung von Fokusgruppen gewesen, in denen ausgewählte Personen ihre Argumentationsmuster zur Erbschaftssteuer offengelegt hätten. Für ein solches Vorgehen bei der Untersuchungen von Einstellungen zu Steuern (darunter der Erbschaftssteuer) in Großbritannien, siehe Prabhaker (2012).

Reichtum nicht ausreichend durch Merkmale auf der Mikroebene, wie soziale Position, erklärt werden können. Anders als die von den Autoren verwendeten Umfragedaten eignet sich eine Untersuchung von Online-Kommentaren dafür, die Genese der Einstellung zum Umgang mit ökonomischer Ungleichheit durch die Erbschaftssteuer aus der Wahrnehmung der Realität der Erbschaft und ihrer Umstände und Konsequenzen im Zusammenhang mit den genannten Gründen zu untersuchen. Bei der Auswertung der Leserkommentare hat uns daher vor allem interessiert, mit welchen argumentativen Repertoires die Gegner und Befürworter der Erbschaftssteuer ihre Positionen jeweils begründen. Eine solche Forschung liegt bisher zum Thema der Vermögensvererbung in Deutschland und Österreich nicht vor. Mit einer Faktorenanalyse und anschließender Clusteranalyse zeigen wir nämlich zusätzlich auf, wie einzelne Diskurselemente miteinander in Verbindung stehen. Eine solche „Vermessung“ des öffentlichen Diskurses erlaubt es, die dominierenden moralischen, gesellschaftspolitischen und ökonomischen Erwägungen im Zusammenhang mit der Erbschaftsbesteuerung zu verstehen. Dies ist nicht zuletzt auch für mögliche Reformvorschläge in dem Bereich relevant, da erkennbar wird, welche Aspekte der Steuer in der Gesellschaft als besonders problematisch oder als besonders wichtig wahrgenommen werden.

Entgegen dem ursprünglichen Plan, die Argumentationsmuster des deutschen und des österreichischen Diskurses getrennt zu analysieren und miteinander zu vergleichen, haben wir uns aufgrund der fast vollständigen Übereinstimmung der Positionsbegründungen (siehe Abbildung 1, S. 8) für eine gemeinsame Auswertung aller Online-Kommentare entschieden. Dabei sind wir uns bewusst, dass die Ausgangslage der Diskussion in beiden Ländern unterschiedlich ist. In Deutschland geht es in der aktuellen Diskussion vornehmlich um die Reform der Besteuerung von übertragenem betrieblichen Vermögen, in Österreich stand die Frage der Wiedereinführung der seit 2008 ausgesetzten Erbschaftssteuer im Mittelpunkt.

Im Nachfolgenden legen wir zunächst unser Vorgehen bei der Auswertung der Leserkommentare dar, bevor wir im zweiten Teil des Artikels den Diskurs von Gegnern und Befürwortern analysieren. Im dritten Teil zeigen wir anhand einer Faktorenanalyse und einer Clusteranalyse die Zusammenhänge der unterschiedlichen Argumentationen auf und werden die Ergebnisse im Schlussteil diskutieren.

2 Vorgehen der Auswertung

Der Diskurs um Erbschaftssteuern wurde von uns anhand von Online-Kommentaren in öffentlichen Diskussionsforen der Webauftritte *Standard.at* und *Spiegel Online* ausgewertet. Aufhänger der Diskussion waren zwei Interviews zum Thema Erbschaftssteuern. Das erste wurde in der österreichischen Zeitung *Der Standard* mit Jens Beckert geführt und am 18. Dezember 2014 online veröffentlicht (Bruckner 2014). Das zweite

Interview wurde mit der Autorin Julia Friedrichs anlässlich des Erscheinens ihres Buches *Wir Erben* (Friedrichs 2015) geführt und am 14. März 2015 auf Spiegel Online veröffentlicht (Hucht 2015). Beide Interviews riefen in kürzester Zeit viele Reaktionen hervor. Auf das Interview im Standard gab es über 1.600 Leserreaktionen, auf Spiegel Online wurden in zwei Tagen über 350 Kommentare abgegeben. Das so verfügbare Datenmaterial bietet sich zur Erforschung des Diskurses über die Erbschaftssteuer an.

Dabei sind jedoch zunächst einige Einschränkungen hinsichtlich des Datenmaterials zu berücksichtigen. Die vorhandene Literatur zur empirischen Erhebung politischer Partizipation im Internet im Allgemeinen und in Online-Kommentaren im Speziellen ist mittlerweile sehr weitreichend. Für die Inhaltsanalyse solcher Dokumente ist zunächst relevant, wie die Nutzung des Internets, politische Online-Partizipation und Online-Diskussionen zu Selektivität führen. So zitieren zum Beispiel Harris/Morgan/Gibbs (2014: 1312–1313) verschiedene Studien zur Repräsentativität von Online-Diskussionen auf News-Webseiten, die für die USA nahelegen, dass die Nutzer von Online-News-Webseiten sich von der Gesamtbevölkerung vor allem durch das Alter, aber auch durch Herkunft, Geschlecht, Einkommen und Bildungsgrad unterscheiden. Zudem zeigt etwa Strandberg (2008) anhand repräsentativer Daten für Finnland, dass Online-Kommentatoren zur finnischen Wahl tendenziell auch außerhalb des Internets politisch aktiv sind und im Vergleich zu allgemeinen Internetnutzern in Finnland politisch sehr interessiert sind. Menschen, die online partizipieren „tend to be more knowledgeable about political issues, more involved in civic affairs offline, and as a result contribute knowledgeable viewpoints online“ (Harris/Morgan/Gibbs 2014: 1313). Ähnliche Ergebnisse zur politischen Online-Partizipation im Allgemeinen wurden zum Beispiel von Weber et al. (2003) oder Best und Krueger (2005) für die USA oder von Escher (2013) für Großbritannien aufgezeigt.

Wichtig ist zudem, dass in Online-Diskussionen üblicherweise ein Großteil der Kommentare von wenigen Nutzern abgegeben wird. Auch in unserer Auswertung wurden zum Beispiel in der Diskussion auf Standard.at etwa 50 Prozent der Kommentare von 10 Prozent der Kommentatoren abgegeben. Eine solche Verteilung ist nicht ungewöhnlich und deckt sich zum Beispiel mit den Zahlen bei Blom et al. (2014: 1322; 47 Prozent der Kommentare durch 10 Prozent der Kommentatoren) oder bei Fuchs (2006: 14; 51 Prozent der Kommentare auf 12 Prozent der Kommentatoren).

Untersuchungen zu Online-Diskursen, wie zum Beispiel die Untersuchung von Schweiger und Weihermüller (2008), lassen jedoch vermuten, dass diese sich nur wenig von öffentlichen Diskursen offline unterscheiden. Besonders interessant für unser Vorhaben ist dabei auch, dass Haas et al. (2010: 261) zeigen konnten, wie sich die Meinungsverteilung von Kommentatoren auf Spiegel Online zur Erbschaftssteuer nicht signifikant von der Verteilung in der Gesamtbevölkerung unterschied.² Die Ergebnisse der Autoren

2 In dieser Studie ging es nicht um die Erforschung der Strukturen des Diskurses zur Erbschaftssteuer. Vielmehr ging es um die Methodenfrage der Vergleichbarkeit der Kommunikation online und offline, wofür die Erbschaftssteuer als eines von sechzehn Themen herangezogen wurde.

Tabelle 1 Kategoriensystem zur Erfassung der Argumente für oder gegen die Erbschaftssteuer

Argumente	
1 Gleichheitsprinzip	9 Zwischen Einkommensarten umverteilen
2 Gerechtigkeitsprinzip	10 Bezug auf Wohneigentum
3 Leistungsprinzip	11 Rahmenbedingungen
4 Eigentumsprinzip	12 Wirtschaftsbezug
5 Neid	13 Doppelte Besteuerung
6 Unzufriedenheit mit Staat, Politik und/oder Verwaltung	14 Staatshaushalt
7 Bezug auf Demokratie/öffentliche Meinung	15 Bezug auf Praxis im Ausland
8 Soziale Ungleichheit	16 Kein Argument/Anderes Thema

deuten auch insgesamt auf Gemeinsamkeiten zwischen Online-Diskussionen und Gesprächen der Bürger über öffentliche Themen hin.

Die Besonderheiten von Online-Kommentaren als Datengrundlage machen deutlich, dass auch bei dem hier analysierten Datenmaterial keine Repräsentativität vorliegt. Unser Ziel ist jedoch, den Diskurs darzustellen, wie er von einem kleinen, in der Regel gut informierten und wahrscheinlich politisch überdurchschnittlich interessierten Teil der Öffentlichkeit geprägt wird, der – anders als Teilnehmer an Umfragen – zwingenderweise eine nach eigener Einschätzung fundierte Meinung zum Thema Erbschaftssteuer zur Grundlage hat. Von der Analyse der Kommentare erhoffen wir uns komplementär zur Analyse des Diskurses von Parlamentsdebatten bei Beckert (2004) einen Teil des Diskurses in der heutigen Öffentlichkeit abbilden zu können.

Zur Erfassung des Diskurses knüpfen wir methodisch an die quantitative Inhaltsanalyse von Parlamentsdebatten zum Thema Erbschaft bei Beckert (2004) an. Ziel der Inhaltsanalyse ist es, die in den Kommentaren verwendeten Argumente zu erfassen. Codiereinheiten sind also die in den Kommentaren hermeneutisch erkennbaren Argumente zur Begründung einer Position. Zudem wurde die grundsätzliche Einstellung des Kommentierenden zur Erbschaftssteuer als befürwortend, ablehnend oder neutral erfasst. Als Rahmen der Inhaltsanalyse wurde das ursprünglich bei Beckert (2004: 339–341) verwendete Kategoriensystem grundlegend zusammengefasst und im Prozess der Kategorienbildung in mehreren Schritten induktiv an die vorliegenden Daten angepasst. Ergebnis dieses ersten Arbeitsschritts sind 15 Kategorien zur Erfassung der Argumente, die in Abschnitt 3 an Beispielen beschrieben werden (vgl. Tabelle 1).

Ein Argument besteht aus Worten oder Sätzen, die in der Gesamtheit ihres Zusammenhangs einen Sinn ergeben. Argumente, die in einem Satz mehrfach vorkamen, wurden genau einmal pro Satz codiert. Auch mehrere unterschiedliche Argumente wurden je einmal pro Satz codiert. Zudem wurden Argumente immer in ihrem gesamten Sinnzusammenhang betrachtet, das heißt, teilweise wurden mehrere Sätze oder ein ganzer Kommentar als ein einzelnes Argument vercodet. Die Einteilung der zu codierenden

Einheiten oblag den Codierern. Wenn ein Benutzer mehrere Kommentare abgegeben hat, wurde jeder Kommentar unabhängig von den anderen Kommentaren ausgewertet. Direkte Zitate oder Bezüge auf vorherige Kommentare wurden nur codiert, wenn sie Teil eines oder mehrerer Argumente im zitierenden Kommentar sind. Kommentare, die keine auswertbaren Argumente enthielten oder sich offensichtlich auf andere Themen als die Erbschaftssteuer bezogen (zum Beispiel Einkommenssteuer), wurden mit der Kategorie *Kein Argument/Anderes Thema* codiert und nicht in die Auswertung einbezogen.

Durchgeführt wurde die Inhaltsanalyse von zwei geschulten Mitarbeitern des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung. Für die Codierung der Positionen wurde nach der Schulung ein Inter-Coder-Reliabilitätstest durchgeführt, der akzeptable Übereinstimmung für die Positionen ergab ($PA = .76$).³ Für die Codierung der Argumente ist jedoch durch unsere Erhebungsmethode eine Reliabilitätsprüfung mit traditionellen Intercoder-Reliabilitätsmaßen nicht möglich. Dies liegt vor allem daran, dass die zu codierenden Einheiten in Form von Argumenten von den Codern selbst festgelegt wurden.⁴ Stattdessen wurden vor der Hauptauswertung sechs Reliabilitätstests durchgeführt. Dabei wurden signifikant⁵ unterschiedliche Kategorien erneut gemeinsam überarbeitet und diskutiert, bis eine zufriedenstellende Reliabilität der beiden Codierer als Ausgangspunkt vor der Auswertung erreicht wurde. Als zweiter Schritt zur Gewährleistung der Reliabilität wurden *nach* der ersten vollständigen Auswertung wiederum signifikant unterschiedlich vergebene Kategorien ex post im Konsens erneut codiert. Insgesamt wurden so 914 und damit etwa 25 Prozent der ausgewerteten Argumente erneut in Zusammenarbeit der beiden Codierer codiert.

Das Ergebnis der konsensualen Codierung ist unter Berücksichtigung der Anzahl der Kategorien, des anspruchsvollen Charakters der Einteilung der Untersuchungseinheiten durch die Codierer und nicht zuletzt der anspruchsvollen Untersuchungseinheiten selbst zu sehen. In Anbetracht dieser Herausforderungen halten wir die Datengrundlage für zufriedenstellend und für die Analyse des Diskurses angemessen.

Datenbasis für die Inhaltsanalyse bilden 1.654 Online-Kommentare, die wir von der Redaktion des Standard.at erhalten haben. Dazu kommen 363 auswertbare Kommentare aus dem öffentlichen Diskussionsforum von Spiegel Online, die wir eigenständig erfasst haben. Alles in allem wurden mit der in diesem Kapitel dargestellten Methode

3 Die Inter-Coder-Reliabilität wurde nach Holsti berechnet.

4 Wenn etwa der erste Codierer den ersten Satz eines Kommentars als Argument festhält und der zweite nicht, dann geht der fehlende Wert des zweiten als Ungleichheit in die Berechnung ein. Bei der Berechnung der Reliabilität mit konservativen Maßen würden dadurch jedoch auch die übrigen Codes des Kommentars als Ungleichheit mit in die Berechnung eingehen, selbst wenn der restliche Kommentar exakt gleich codiert wurde. Damit läge eine erhebliche Unterschätzung der Reliabilität vor. Eine vorherige Einteilung der zu codierenden Einheiten (zum Beispiel in ganze Sätze) würde die Argumente jedoch aus ihrem Sinnzusammenhang nehmen. Aus diesen Gründen haben wir uns gegen konventionelle Reliabilitätsmaße entschieden.

5 Orientiert an Unterschieden der relativen Häufigkeiten als auch an Chi²-Werten für die einzelnen Kategorien, abhängig von den Codierern.

also 2.017 Kommentare ausgewertet. Von diesen enthielten 1.209 Kommentare (60 Prozent) erkennbare Argumente und bezogen sich auf die Erbschaftssteuer. 40 Prozent der Kommentare konnten nicht ausgewertet werden, da sie sich entweder nicht auf die Erbschaftssteuer bezogen, kein Argument oder nur unqualifizierte, nicht codierbare Inhalte wie Beleidigungen enthielten. Diese Zahl ist vergleichbar mit den Ergebnissen anderer Online-Inhaltsanalysen, etwa die eines österreichischen politischen Diskussionsforums bei Fuchs (2006), in der 68,8 Prozent der Kommentare Argumente für die dargelegte Meinung enthielten. Insgesamt wurden aus den 1.209 auswertbaren Kommentaren 3.573 Argumente erfasst.

3 Beschreibung des Diskurses

Die abgegebenen Kommentare können zunächst nach ihrer allgemeinen Position zur Erbschaftssteuer eingeteilt werden. Die Kommentare lassen gegenüber der Erbschaftssteuer entweder Ablehnung, Zustimmung oder Neutralität erkennen. Die Auswertung ergibt, dass sich insgesamt 52 Prozent der Kommentierenden gegen die Erbschaftssteuer aussprechen und 38 Prozent dafür. Rund 10 Prozent haben keine eindeutige Meinung (vgl. Tabelle 2).

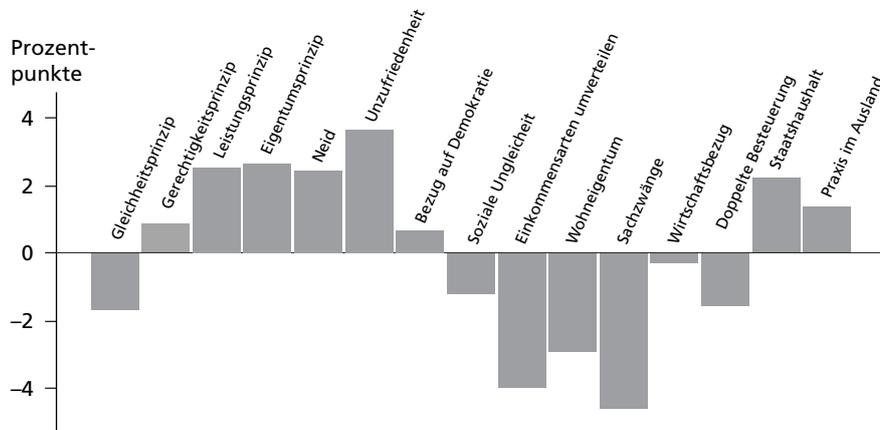
Tabelle 2 Positionen zur Erbschaftssteuer

Interview	Ablehnung		Neutral		Zustimmung		Gesamt	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Spiegel	185	59,5	30	9,6	96	30,9	311	100
Standard	447	49,8	87	9,7	364	40,5	898	100
Gesamt	632	52,3	117	9,7	460	38,0	1.209	100

Dabei sind einige Unterschiede zwischen den beiden Diskussionen zu erkennen, die durch landesspezifische Unterschiede erklärt werden können. Für das deutsche Portal Spiegel Online liegt die Ablehnung der Erbschaftssteuer mit knapp 60 Prozent etwa 5 Prozent unter dem Anteil derjenigen, die in einer repräsentativen Infratest-Umfrage für Deutschland eine Erhöhung der Steuer ablehnen. Die Zustimmung liegt mit 31 Prozent einen Prozentpunkt über dem entsprechenden Anteil der Befürworter (Infratest 2013: 4). Für die österreichische Seite Standard.at liegen sowohl der Wert für die Zustimmung zur Erbschaftssteuer allgemein als auch der Wert für die Ablehnung nur etwa einen Prozentpunkt neben den Werten der für Österreich repräsentativen Umfrage des Market Instituts (Market Institut 2014). Alles in allem stehen die österreichischen Kommentatoren der Erbschaftssteuer also etwas weniger kritisch gegenüber als die deutschen.

Die Diskussionen auf Standard.at und Spiegel Online unterscheiden sich hingegen überraschenderweise nur geringfügig hinsichtlich der relativen Häufigkeiten der angeführten Begründungen (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1 Differenzen der relativen Häufigkeiten in Prozentpunkten der genannten Gründe zwischen den Diskussionen auf Spiegel Online und Standard.at



Positive Werte bedeuten, dass der Themenbereich häufiger auf Spiegel Online genannt wurde. Negative Werte bedeuten, dass die Begründung häufiger auf Standard.at vorkam. Die Differenzbeträge schwanken zwischen 0,3 Prozentpunkten bei der Kategorie Wirtschaftsbezug und 4,6 Prozentpunkten bei der Kategorie Rahmenbedingungen.

Es fällt jedoch auf, dass auf Standard.at mit 45,7 Prozent der Kommentare wesentlich öfter kein Argument erfasst werden konnte oder sich auf ein anderes Thema bezogen wurde als auf Spiegel Online mit 14,6 Prozent der Kommentare. Ein möglicher Grund hierfür könnte die höhere Intensität der Diskussion, gemessen an der Anzahl der abgegebenen Kommentare, sein. Möglicherweise deutet dies auch darauf hin, dass die Diskussion emotionaler geführt wurde und somit der Anteil unsachlicher Kommentare wie der unsachlichen Bezugnahme auf andere Kommentare größer ist. Ähnlich zur Verteilung der Positionen der Kommentare verteilt sich auch der Anteil der in den Diskussionen gebrauchten Argumente (vgl. Tabelle 3).

Neben den Differenzen zwischen den Häufigkeiten der Position unterscheiden sich die vorgebrachten Argumente maßgeblich in der Verteilung der angeführten Begründungen für die jeweils eingenommene Position. Befürworter und Gegner benutzen die verschiedenen im Diskurs auffindbaren Argumentbegründungen unterschiedlich häufig und mit unterschiedlicher Bedeutung im Vergleich zu ihrem Gegenüber. Im Folgenden wird daher die auftretende Verteilung der Argumente für die Positionsbegründung getrennt für Befürworter und Gegner der Erbschaftssteuer beschrieben. Die neutrale Position wird aufgrund ihres geringen Auftretens und ihres ambivalenten Charakters vernachlässigt.

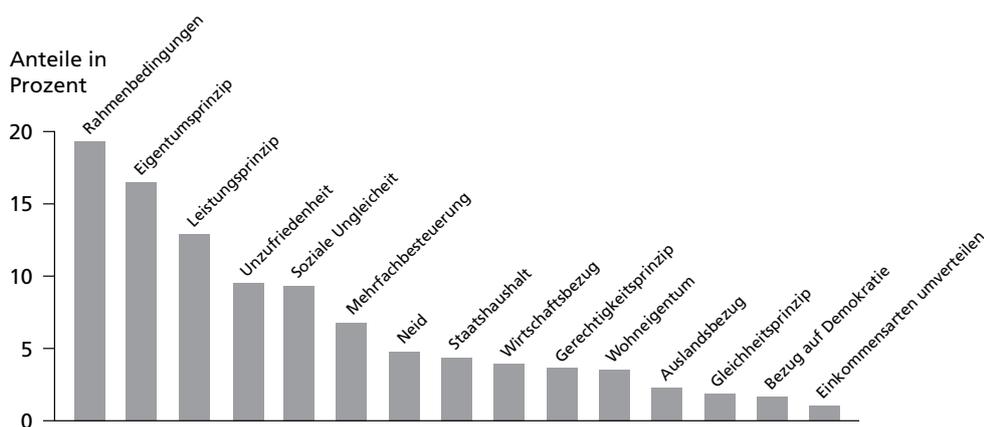
Tabelle 3 Anzahl und Anteil der gebrachten Argumente nach Positionen

Position	Argumente	
	Anzahl	Anteil in Prozent
Ablehnung	1.998	55,9
Neutral	275	7,7
Befürworter	1.300	36,4
Gesamt	3.573	100,0

Argumentation der Gegner

Insgesamt wurden von den Gegnern der Erbschaftssteuer 1.998 auswertbare Argumente vorgebracht. Die am häufigsten auftretenden Argumente beziehen sich im weitesten Sinne auf Rahmenbedingungen, die gegen Erbschaftssteuern sprechen (19 Prozent), auf das Recht auf Eigentum (16 Prozent) und auf das Leistungsprinzip (13 Prozent). Darüber hinaus sind Argumente wichtig, die eine allgemeine Unzufriedenheit mit dem Staat, Politikern oder der Verwaltung zum Ausdruck bringen (9 Prozent), sowie Gründe, die sich auf die Sozialstruktur und soziale Ungleichheit beziehen (9 Prozent), und solche, die in der Erbschaftssteuer eine Mehrfachbesteuerung sehen (7 Prozent). Die übrigen Argumentarten machen jeweils weniger als 5 Prozent sämtlicher ausgewerteten Argumente der Gegner aus (vgl. Abbildung 2). Die Argumente in den verschiedenen Kategorien werden im Folgenden an typischen Beispielen erläutert.

Abbildung 2 Argumente der Gegner



Rahmenbedingungen

Sehr häufig beziehen sich die Gegner der Erbschaftssteuer auf gegen die Erbschaftssteuer sprechende Rahmenbedingungen (19 Prozent). Dabei spielt vor allem die Wirksamkeit, die Umsetzbarkeit und die Akzeptanz von Erbschaftssteuern in der Bevölkerung eine Rolle. Bezüglich der Wirksamkeit wird häufig angezweifelt, dass die Erbschaftssteuer Vermögensungleichheit entgegenwirken kann, da Menschen mit großen Vermögen einen Weg finden könnten, sich der Steuer zu entziehen:

Was gegen eine Erbschaftssteuer spricht ist das fluchtbereite Kapital, sprich: Diejenigen, die es treffen soll, die entziehen sich. (Kommentar 150, Spiegel Online)⁶

6 Die Kommentare werden hier jeweils ohne irgendwelche Korrekturen wiedergegeben. Die Rechtschreibfehler und häufigen Betonungen etwa durch Großschreibung ganzer Wörter geben einen Eindruck von der Flüchtigkeit, mit der die Autoren teilweise kommentiert haben, aber auch von ihrer emotionalen Involviertheit. Die Kommentare auf Spiegel Online können anhand der dargestellten Nummerierung so online nachgelesen werden. Die Kommentare auf

Auch häufig genannt werden unter diesem Aspekt Absichten, die Erbschaftssteuer zu umgehen:

Glücklicherweise gibt es genügend Möglichkeiten, den eigenen Kindern (oder sonstwem) Geld und anderes zukommen zu lassen (das so genannte „Vererben mit warmer Hand“), ohne dass irgendwelche Ämter oder Behörden überhaupt mitbekommen, was man mit seinem (bereits mindestens einmal versteuerten) Einkommen und Vermögen anstellt.
(Kommentar 25, Spiegel Online)

Der zweite große Teilbereich genannter Rahmenbedingungen bezieht sich auf die Umsetzbarkeit der Erbschaftssteuer. Auch hier äußern die Gegner Zweifel. Ein Grund dafür sind die Schwierigkeiten bei der Feststellung der tatsächlichen Erbsumme:

Außerdem ist es schwierig zwischen Wertgegenständen und Gebrauchsgütern zu unterscheiden. Die Besteuerung von Bildern oder Schmuck hängt davon ab welcher Kategorie sie zugeordnet werden. Der Wert von Wertgegenständen lässt sich nicht so einfach schätzen. Das sollte man wirklich nicht jedes Jahr tun. (Kommentar 1099, Standard.at)

Weitere Einwände zur Umsetzbarkeit sind zum Beispiel durch rechtliche Bedenken begründet:

Nun, immerhin ist das Recht auf Privateigentum und also auch das Erbrecht nach der UN-Menschenrechtscharta sogar ein Menschenrecht. Deswegen dürfte es in heute vorstellbaren Konstellationen rechtlich, politisch sowie juristisch unmöglich sein, diese Rechte abzuschaffen. (Kommentar 360, Spiegel Online)

Neben der Umsetzbarkeit wird auf vielfältige Weise die Angemessenheit und gesellschaftliche Akzeptanz der Erbschaftssteuer infrage gestellt. Im Interviewtext auf Spiegel Online wird etwa das Argument genannt, dass das Erben eine emotionale Belastung darstellt, etwa aus dem Gefühl, das Geld nicht verdient zu haben (Hucht 2015). Dieses Argument würde für die Akzeptierbarkeit der Erbschaftssteuer sprechen. Die die Erbschaftssteuer ablehnenden Kommentatoren sprechen sich jedoch genau gegen die Annahme dieses Zusammenhangs aus:

Aussage Nr. 1) „Viele Erben fühlen sich schuldig“ Dann sollen sie halt auf das Erbe verzichten, dann sind die Schuldgefühle gleich weg. (Kommentar 43, Spiegel Online)

ich glaube, dass ich es „aushalten“ könnte, sollte ich Reichtum erben. Und – das mit dem „schuldig fühlen“ ist eben nur eine Gefühl und wie ich schon Hunger und Durst ausgehalten habe, so würde ich mir durchaus zutrauen, auch das o.g. „schwere Los“ aushalten zu können.
(Kommentar 193, Spiegel Online)

Charakteristisch für die genannten Rahmenbedingungen ist generell, dass hiermit in den weit überwiegenden Fällen nicht für oder gegen die Erbschaftssteuer als solche ar-

Standard.at konnten von uns jedoch nur nach ihrem zeitlichen Auftreten sortiert und nummeriert werden, sodass die Nummerierung hier nicht der im öffentlichen Forum entspricht.

gumentiert wird. Vielmehr werden günstige oder ungünstige Rahmenbedingungen zur Erbschaftssteuer angeführt. Die Frage nach der normativen Bewertung der Erbschaftssteuer rückt damit in den Hintergrund. Insbesondere die Gegner der Steuer verstecken ihre Position häufig hinter vermeintlich ungünstigen Rahmenbedingungen. Befürworter greifen diese Argumente auf und versuchen, sie zu entkräften, oder verweisen auf Rahmenbedingungen, die für die Erbschaftssteuer sprechen. Letztlich ist diese Argumentationsform daher ein „erweiterter Ausdruck“ der eigenen Meinung, welcher der direkten normativen Bewertung der Erbschaftssteuer aus dem Weg geht.

Recht auf Eigentum

Eines der wichtigsten inhaltlichen Argumente der Gegner der Erbschaftssteuer ist der Verweis auf das individuelle Eigentumsrecht (16 Prozent). Das eigene Vermögen wird als Privatsache gesehen, in die sich der Staat nicht einzumischen hat. Oft fallen auch Vergleiche mit Enteignung oder Kommunismus.

Den Staat geht es nun wirklich nichts an, was Leute, die viel erarbeitet haben, mit ihrem Vermögen machen. (Kommentar 888, Standard.at)

Es ist eine Frechheit, es allen Ernstes für fair zu finden dass der Staat nach meinem Tod mein Vermögen krallt. (Kommentar 134, Spiegel Online)

Diese, häufig mit hoher Emotionalität zum Ausdruck gebrachten Argumente zeigen ein Gefühl der Bedrohung der eigenen Sparleistungen und Arbeitsanstrengungen durch die Erbschaftssteuer. Dieses Bedrohungsgefühl äußert sich häufig mit Bezug auf die eigene Familie. Hier äußert sich ein für Deutschland typisches, bis in das 19. Jahrhundert zurückzuverfolgendes Argumentationsmuster gegen die Erbschaftsbesteuerung (vgl. Beckert 2004). Die Kommentierenden geben an, sich das Vermögen aufgebaut zu haben, um es ihren Kindern oder Familien weitergeben zu wollen. Eine Abführung von Steuern durch den Staat betrachten sie daher als Benachteiligung ihrer Familien. Auch sehen die Gegner der Erbschaftssteuer das eigene Erbe als gerechtfertigt an, da es aus der eigenen Familie und ihrer Leistung stammt.

Wenn mir meine Vorfahren ihre Früchte geben wollen habe ich natürlich das Recht darauf, ist ja ihr Geld. (Kommentar 1060, Standard.at)

Das Recht auf „Familieneigentum“ wird von den Gegnern der Erbschaftssteuer in den Vordergrund gerückt. Der Erblasser sollte alleine beziehungsweise im Sinne der Familie über den Transfer des Eigentums entscheiden können. Der Staat hat kein Recht, sich in den Vermögensübergang einzumischen.

Leistungsprinzip

Ein weiteres wichtiges Argument der Gegner der Erbschaftssteuer bezieht sich auf die Frage nach der Legitimation der leistungslosen Erlangung von Vermögen durch Erbschaft (13 Prozent). Anzuerkennen seien die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft von Erblassern, die zur Verfügung über das Vermögen berechtigen. Der Bezug auf das Leistungsprinzip findet etwa darin Ausdruck, Personen, denen geringere Leistungserbringung zugeschrieben wird, kein Vermögen übertragen zu wollen oder diesen vorzuwerfen, sich das Vermögen der Leistungserbringer leistungslos über die Erbschaftssteuer aneignen zu wollen:

Sorry – alle die ständig nach dem Geld anderer schreien, sollten zuerst einmal einen Beruf erlernen, mit dem sich Geld verdienen lässt und dann 10–20 Jahre 70–80 Stunden die Woche arbeiten. (Kommentar 9, Spiegel Online)

Erbschaftssteuer ist nichts anderes als das Mitnaschen am Erfolg von Leuten, die es geschafft haben sich etwas zu schaffen zugunsten jener, die das nicht machen, denn in Österreich hat jeder die Möglichkeit sich Vermögen zu schaffen. (Kommentar 840, Standard.at)

Häufig wird dabei auch der Verzicht auf Konsum genannt. Es wird ein Bild vom sparsamen Arbeiter gezeichnet, der sich durch Verzicht ein Vermögen aufgebaut hat, etwa um es an die eigenen Kinder weiterzugeben. Teilweise bezieht sich dieses Bild negativ auf eine behauptete andere soziale Gruppe, die durch übermäßigen Konsum nichts angespart habe, also die Leistung des Verzichts nicht erbracht hat. Die Befürworter der Erbschaftssteuer werden so moralisch desavouiert:

Dafür haben Sie auch gearbeitet und vielleicht auf etwas Urlaub oder teureren Urlaub oder vielleicht auf einen neuen Fernseher alle zwei Jahre verzichtet. Andere, die lieber Urlaub machen, ständig shoppen gehen usw. sparen sich dann die Erbschaftssteuer auf Vermögen und fordern, dass der Staat noch mehr Geld abkassiert. (Kommentar 146, Spiegel Online)

Wenn ich mir manche Kommentare so durchlese, denke ich, meine Eltern hätten auch alles verprassen sollen und ich hätte mich gleich von anfang kundig in „wie kann ich am besten die Allgemeinheit ausnutzen: Gemeindebua/Sozialhilfe etc“ machen sollen. (Kommentar 1326, Standard.at)

Ein dritter eher makroökonomischer Aspekt ist die genannte Befürchtung, dass durch die Erbschaftssteuer die Leistungsbereitschaft in der Gesellschaft gesenkt wird:

Warum soll in dem land ueberhaupt noch wer arbeiten und was Leisten wenn einem am ende sowieso alles weggenommen wird. (Kommentar 792, Standard.at)

Die Gegner der Erbschaftssteuer beziehen sich demnach insbesondere in drei verschiedenen Weisen auf das Leistungsprinzip: die von den Erblassern erbrachten Leistungen, mit dem Vermögensaufbau verbundene Einschränkungen des Konsums der Erblasser und die Gefahr der Demotivierung von Leistungserbringung in der Gesellschaft durch die Besteuerung von Erbschaften.

Weitere Argumente

Eine Rolle bei der Begründung der Ablehnung der Erbschaftssteuer spielt auch die Äußerung allgemeiner Unzufriedenheit mit dem Staat, Politikern oder der Verwaltung (9 Prozent). Hier geht es zumeist um ein eher diffuses, teilweise jedoch auch direkt auf bestimmte Personen oder Parteien gemünztes Missfallen gegenüber staatlichen Akteuren, „der Politik“ oder allgemein dem politischen Establishment:

Mir ist schon klar, dass ich nicht die Steuer bezahle, das ist für mich aber irrelevant, denn wenn ein Geld oder Vermögen im Steuersumpf verschwindet, dann trachte ich danach, kein Vermögen zu haben, das geerbt werden kann. (Kommentar 726, Standard.at)

Es heisst immer so schön, dass die Erbschaftsteuer der „Allgemeinheit“ zugute kommen soll ... Die Realität ist doch, dass die Politik sich völlig verzockt hat, mit Bankenrettung, Staatsbankrott verschleppung in Griechenland und hier Milliarden unsinnig verbrannt hat und weiter verbrennt! Ebenso werden Milliarden in die Luft geblasen durch von Korruption getriebene idiotische Projekte wie den Flughafen BER etc. (Kommentar 273, Spiegel Online)

Außerdem sind die erwarteten Folgen der Erbschaftssteuer für die Sozialstruktur und die Entwicklung sozialer Ungleichheit (9 Prozent) für die Gegner der Erbschaftssteuer ein relevantes Thema. Dabei wird gerade das Ziel der Umverteilung durch die Erbschaftssteuer kritisiert:

Das übliche Umverteilungsgerede jener die meinen vom Leben benachteiligt zu sein und glauben die Probleme würden sich lösen indem man den sog. „Reichen“ noch mehr wegnimmt. (Kommentar 201, Spiegel Online)

Darüber hinaus wird die Sorge geäußert, dass durch die Einführung der Erbschaftssteuer vor allem die Mittelschicht betroffen sein und am sozialen Aufstieg gehindert werden wird:

Gottseidank werden bei uns auch die Armen reicher (und hausen nicht unter Brücken). Dass sich im Mittelstand mal was ansammelt, muss man aber verhindern, denn die Superreichen lachen über ihre Theorien und Steuerwünsche. (Kommentar 206, Standard.at)

Und was die Umverteilung betrifft, wohl wahr, durch die immer höheren Belastungen der Mittelschicht, bzw. besser gesagt des Mittelbaus, wird es zu einer noch größeren Kluft kommen. (Kommentar 318, Standard.at)

In dieser Argumentation zeigt sich eindeutig Unwissen über den Tatbestand, dass die Erbschaftssteuer aufgrund von hohen Freibeträgen eine Steuer ist, die lediglich die Oberschicht betrifft.

Ein letztes Argument, das für die Gegner der Erbschaftssteuer erwähnt werden soll, ist das Argument der Mehrfachbesteuerung (7 Prozent). Dabei wird argumentiert, dass das Vermögen vorher bereits etwa mit der Einkommenssteuer und weiteren Steuern belas-

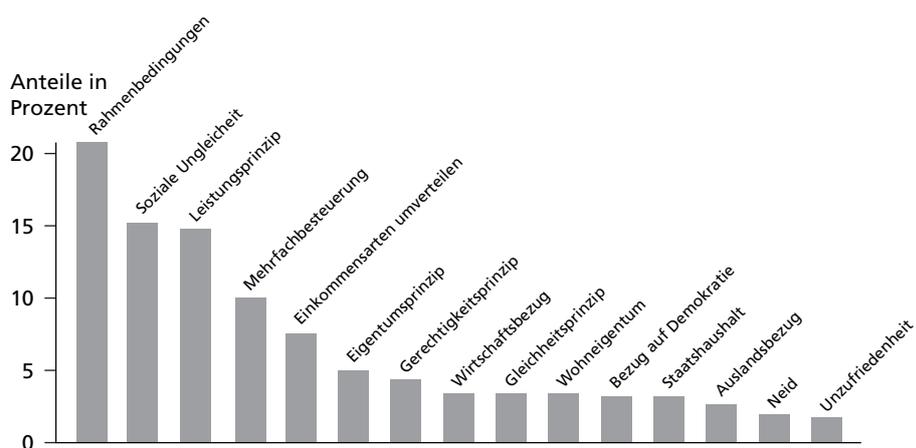
tet wurde und eine Besteuerung bei der Vermögensübertragung durch das Erbe somit die mehrfache Besteuerung desselben Vermögens bedeutet:

Mein Eigentum, das schon vorher x-mal besteuert worden ist, wohlgermerkt! Das erste Mal beim Verdienen (Einkommensteuer), das zweite mal beim Umwandeln von Geld in Waren (Umsatzsteuer). Falls die Ware Grundeigentum ist, wird sogar jährlich besteuert (Grundsteuer). Falls ich es anlege, wird der Ertrag ebenfalls besteuert (Kapitalertragsteuer). Falls ich es einfach nur unters Bett packe, wird ebenfalls besteuert (Inflation). Seid ihr einfach nur zu feige, um gleich die Verstaatlichung allen Eigentums zu fordern? (Kommentar 300, Spiegel Online)

Argumentation der Befürworter

Die Befürworter der Erbschaftssteuer haben insgesamt 1.300 Argumente und damit 36,4 Prozent aller Argumente zu den Diskussionen beigetragen. Genau wie bei den Gegnern sind die Bezüge auf Rahmenbedingungen die am häufigsten vorzufindende Argumentation (21 Prozent). Mit 15 Prozent bezieht sich ein größerer Anteil der Argumente jedoch auf den Themenkomplex der sozialen Ungleichheit und Sozialstruktur. Das Leistungsprinzip ist auch in dieser Gruppe eines der wichtigsten Themen (15 Prozent), wird jedoch anders interpretiert. Weiterhin wichtig sind Einschätzungen zur Mehrfachbesteuerung (10 Prozent), die Forderung, zwischen den Einkommensarten umzuverteilen (7 Prozent), sowie Argumente, die sich auf das Eigentumsprinzip beziehen (5 Prozent; vgl. Abbildung 3). Wieder sollen im Folgenden die wichtigsten Argumententypen anhand von Beispielen erläutert werden.

Abbildung 3 Argumente der Befürworter



Rahmenbedingungen

Die Befürworter der Erbschaftssteuer beziehen sich im Vergleich zu den Gegnern eher auf die die Erbschaftssteuer begünstigenden Umstände, wie etwa positive Einschätzungen der Umsetzbarkeit sowie die Erwartung der Wirksamkeit der Steuer und ihrer Akzeptanz. Prominent wird dabei auf Freibeträge eingegangen und darauf verwiesen, dass nur hohe Vermögen belastet würden und somit nur die wenigsten von der Steuer betroffen wären:

Wenn die wirklich Reichen damit belastet werden ist das okay. Aber mit einem Reihenhaus in München hat man auch schon einen Wert von 600.000 Euro. Das ist aber kein Reichtum hier. Also hohe Freibeträge um die 1 Million Euro, die ab und zu angepaßt werden wäre richtig. Darüber könnte man schon mehr besteuern. (Kommentar 3, Spiegel Online)

Es geht doch nicht darum, irgendwelche vererbten Vermögen „wegzunehmen“, sondern darum, sie sachgerecht zu versteuern: Mit einem sinnvollen Freibetrag und ggf. moderaten Steuersätzen. (Kommentar 242, Spiegel Online)

Darüber hinaus werden vor allem Argumente der Gegner aufgegriffen und gegensätzlich gewertet. Etwa das Argument der schweren Umsetzbarkeit:

Nur weil eine Maßnahme vielleicht schwer umzusetzen ist, heißt das nicht, dass sie deswegen schlecht ist. (Kommentar 131, Standard.at)

Oder aber gegen das Argument der Kapitalflucht ins Ausland durch die Erbschaftssteuer:

Man muss sich das nur trauen, die wenigsten werden abwandern, weil Österreich einiges zu bieten hat. (Kommentar 690, Standard.at)

Auch wird die Erbschaftssteuer mit anderen Steuern wie der Einkommenssteuer in Verbindung gebracht und auf die Notwendigkeit der Staatsfinanzierung verwiesen, von der die Besteuerung von Erbschaften ein Teil ist:

Und das ganze ist dem Grundprinzip untergeordnet, dass ein ZUGEWINN versteuert werden muss Sei es Erbe, sei es Gehalt, sei es Schenkung [...] (Kommentar 283, Spiegel Online)

Vielleicht hat der Staat, der deinem Vater den Vermögensaufbau erst ermöglichte, mehr dazu beigetragen, als du selbst? (Kommentar 1132, Standard.at)

Die Befürworter der Erbschaftssteuer weisen damit Argumente zurück, die von den Gegnern vorgebracht wurden. Die Rahmenbedingungen der Steuer werden von Gegnern und Befürwortern unterschiedlich bewertet. Insgesamt wird so für die Umsetzbarkeit, die Wirksamkeit und die soziale Akzeptanz der Steuer argumentiert.

Soziale Ungleichheit und Sozialstruktur

Der von den Befürwortern der Steuer am zweithäufigsten angeführte Themenbereich ist der Umgang mit sozialer Ungleichheit und die Auswirkungen einer Erbschaftssteuer auf die Sozialstruktur (15 Prozent).

Der bedeutendste Punkt dürfte hier die Forderung nach Umverteilung und Ausgleich von zu stark ausgeprägter Vermögensungleichheit sein. Die Erbschaftssteuer soll makro-sozial zur Korrektur von sozialer Ungleichheit beitragen:

Die Tatsache, dass Großvermögen seit Jahrzehnten bei uns steuerlich einzigartig privilegiert sind, hat zu großen gesellschaftlichen Verzerrungen und sozialen Schief lagen geführt [...] (Kommentar 350, Spiegel Online)

Wer gegen eine Erbschaftssteuer ist, wünscht sich offenbar eine Erbaristokratie. (Kommentar 1365, Standard.at)

Mit gleicher Zielrichtung, doch umgekehrten Vorzeichen wird eine bestehende Umverteilung „von unten nach oben“ beklagt:

Bei der beständigen Umverteilung von Arm nach Reich ist das Erben fast einer der gewichtigsten Faktoren. (Kommentar 96, Spiegel Online)

Bezug wird auch auf Armut in den ökonomisch benachteiligten Bevölkerungsschichten genommen:

Allerdings sollte niemand gezwungen sein, die Last seiner Geburt mitschleppen zu müssen und deshalb gegenüber anderen (aus vermögendere n oder sozial höher gestellten Familien) Nachteile zu haben. (Kommentar 552, Standard.at)

ganz einfach: Es gibt so viel Armut allein in Deutschland, so viele Kinder, die unter dem Lebensminimum groß werden und sozial verwahrlosen. (Kommentar 157, Spiegel Online)

Zusammenfassend wird eine fortschreitende Vermögenskonzentration bei wenigen, auf Kosten der unteren und mittleren Einkommens- und Vermögensschichten kritisiert. Um diese Entwicklung auszugleichen, wird die Besteuerung insbesondere der größten Erbschaften gefordert.

Leistungsprinzip

Das Leistungsprinzip ist auch für die Befürworter der Erbschaftssteuer ein wichtiges Thema. Für die Befürworter steht jedoch relativ einhellig und als wichtigster Punkt des Leistungsprinzips der Gedanke im Vordergrund, dass Erbschaften Einkommen darstellen, welche die Erben nicht durch eigene Leistung verdient haben:

Nichts geleistet, nichts riskiert, bekommt 500 000€ geschenkt und soll für das, was darüber hinaus geht, nicht ein mal ein paar Prozent Steuern zahlen, während der Schulkollege aus armen Verhältnissen für das selbst Erarbeitete fast 50 Prozent Lohnsteuer blechen muss?
(Kommentar 508, Standard.at)

Es gibt kein vernünftiges Argument, warum ein Begünstigter, der keinerlei Leistung für das Vermögen erbrachte, nicht eine Steuer dafür entrichten soll. (Kommentar 728, Standard.at)

Dieser Gedanke wird in vielfältiger Form geäußert. Gefordert wird die Durchsetzung des Leistungsprinzips durch die Einführung der Erbschaftssteuer. Andere mit Leistung verbundene Aspekte tauchen bei den Befürwortern hingegen nur marginal auf.

Den Befürwortern der Erbschaftssteuer geht es nicht um die Befürchtung, dass die Einführung der Erbschaftssteuer zu geringerer Leistungsbereitschaft führt. Auch wird im Gegensatz zu den Gegnern der Steuer die Leistungslosigkeit beim Erbenden als wichtiger erachtet als der durch Leistung erworbene Anspruch des Erblassers, auch nach dem Tod über das Vermögen bestimmen zu können. Es wird stark kritisiert, dass durch Erbschaften Menschen Vermögen bilden können, ohne dafür entsprechende Leistungen erbringen zu müssen.

Weitere Argumente

Drei weitere Argumentkategorien vereinen jeweils mehr als 5 Prozent der Nennungen auf sich. Beim Thema Mehrfachbesteuerung (10 Prozent) wird von den Befürwortern der Erbschaftssteuer argumentiert, dass diese keine Mehrfachbesteuerung darstellt, da die Steuer beim Erben und nicht beim Erblasser erhoben wird:

Erbschaftsvermögen wurde nicht zig mal besteuert – Der Erbe hat dafür ja noch nie Steuer gezahlt. (Kommentar 911, Standard.at)

Zweitens wird angeführt, dass mehrfache Besteuerung im Steuersystem derzeit sowieso inhärent ist, da zum Beispiel Einkommen oder Lohn schon versteuert wurden und Steuern wie die Mehrwertsteuer trotzdem zusätzlich entrichtet werden müssen:

Was ich bezahlt bekomme, zahlt mir mein Dienstgeber und dieser hat für dasjenige aber auch schon Steuern bezahlt als er es erwirtschaftete, oder nicht? Wieso zahle ICH dann so viel und jemand, der einen Haufen erbt, überhaupt nichts? (Kommentar 387, Standard.at)

Das Argument der Mehrfachbesteuerung wird so zurückgewiesen. Eine weitere prominente Forderung bei den Befürwortern der Steuer ist die Umverteilung der Steuerlast zwischen den Einkommensarten (7 Prozent). Entweder soll die Steuer auf Arbeit gesenkt oder eine Erbschaftssteuer in ähnlicher Höhe eingeführt werden:

also nochmal: einkommenssteuer runter, erbschaftssteuer rauf
(Kommentar 365, Spiegel Online)

was ich nicht verstehen kann: viele glauben, sie hätten Anspruch auf die Früchte der Leistungen ihrer Vorfahren – gleichzeitig ist es aber ganz selbstverständlich keinen Anspruch auf den vollen Arbeitslohn zu haben, für den man hart gearbeitet hat (Kommentar 1145, Standard.at)

Insbesondere von den Kommentierenden auf Standard.at wird dieses Argument gebracht, wohl da es auch im Interview explizit als Argument angeführt wird.

Auch die Befürworter der Erbschaftssteuer beziehen sich auf das Eigentumsprinzip und Eigentumsverständnis in der Gesellschaft (5 Prozent). Hier wird jedoch eher der Aspekt in den Fokus gerückt, dass das Eigentumsverständnis von der Gesellschaft festgelegt wird und Eigentum auch verpflichtet:

Im Grundsatz geht es um die Frage, welchen Teil gibt der einzelne Staatsbürger, von seinem in seiner Verfügungsgewalt befindlichem Gut an die Allgemeinheit ab. (Kommentar 204, Standard.at)

Eine Gesellschaft, in der die eigenen Vorteile langfristig und hauptsächlich über die der Gemeinschaft gestellt werden wird irgendwann scheitern. (Kommentar 298, Spiegel Online)

Der Verweis auf die notwendige Finanzierung des Gemeinwesens wird als Rechtfertigung der Erbschaftssteuer angeführt, das Prinzip unbeschränkter individueller Eigentumsrechte wird in Zweifel gezogen.

4 Argumentationsmuster im Diskurs

Nachdem der Diskurs und die genannten Argumente beschrieben wurden, zeigen wir im nächsten Abschnitt typische Argumentationsmuster mithilfe einer explorativen Faktorenanalyse auf. Wir gehen somit zunächst davon aus, dass es unabhängig von der Position zur Erbschaftssteuer auftretende Argumentzusammenhänge gibt. Diese werden sowohl von Gegnern als auch von den Befürwortern verwendet, zum Beispiel indem direkt auf einen Kommentar der anderen Position eingegangen wird. Anschließend gruppieren wir die Ausprägungen der ermittelten Argumentationsmuster unter Einbezug der jeweiligen Position zur Erbschaftssteuer auf Kommentarebene, um so auf die Verwendung der Argumentationsmuster durch Befürworter und Gegner schließen zu können.

Argumentationsmuster

Faktorenanalyse

Die in der Inhaltsanalyse ermittelten Begründungen dienen als Datengrundlage für die Faktorenanalyse. Die Kommentare mit neutraler Position wurden auch hier ausgeschlossen, da wir die neutralen Kommentare aufgrund ihrer geringen Fallzahl zum einen für zwar besondere, aber vernachlässigbare Fälle halten. Uns geht es dagegen um die Aushandlung zwischen Befürwortern und Gegnern, die sich zudem in der Inhaltsanalyse und in vorherigen Untersuchungen (vgl. Beckert 2004) als relevante Gruppen herausgestellt haben. Für die übrigen 1.092 Kommentare wurden die vorkommenden Argumente je Kommentar aufsummiert und die Summen je Kommentar verwendet. Das Kaiser-Meyer-Olkin-Kriterium misst die Güte der Ausgangsdaten zur Durchführung einer Faktorenanalyse und liegt mit .52 über dem geforderten Mindestwert (Kaiser 1974). Als Schätzverfahren verwenden wir die Hauptkomponentenanalyse. Zudem wurde eine rechtwinklige Varimax-Rotation mit Kaiser-Normalisierung durchgeführt, da wir nicht zwingend davon ausgehen, dass die Faktoren untereinander korrelieren⁷ (Backhaus et al. 2016: 413). Bei der Wahl der Hauptkomponentenanalyse und des Rotationsverfahrens wurde auch berücksichtigt, dass für die Clusteranalyse im nächsten Schritt unkorrelierte Faktorwerte wünschenswert sind. Zur Ermittlung der Faktorenanzahl wurden in einem Scree-Test Faktoren mit Eigenwerten größer 1 berücksichtigt sowie die theoretische Plausibilität herangezogen (vgl. Anhang A).

Ergebnisse

Nach dem beschriebenen Verfahren ergibt sich die insgesamt plausibelste Lösung in Form von fünf Argumentationsmustern (Faktoren), die zusammen 41 Prozent der kumulierten Varianz erklären (vgl. Tabelle 4). Im Folgenden werden die ermittelten Muster kurz beschrieben und mit den Ergebnissen aus der Inhaltsanalyse in Verbindung gebracht.

Wertorientiertes Muster: Das erste Muster zeichnet sich dadurch aus, dass vor allem Werte wie Gleichheit, Leistung und das Eigentumsprinzip zur Begründung angeführt werden. Insbesondere das Leistungsprinzip nimmt hier einen wichtigen Stellenwert ein. Für die Dominanz von Wertorientierungen spricht auch, dass pragmatische Überlegungen wie die Umsetzbarkeit oder Wirksamkeit der Erbschaftssteuer in Form von Rahmenbedingungen in diesem Muster verstärkt ausgeblendet werden.

7 Oblique Rotationsverfahren brachten zudem sehr ähnliche Ergebnisse, weshalb wir uns auch in Hinblick auf die anschließende Clusteranalyse für eine orthogonale Rotation entschieden haben.

Tabelle 4 Argumentationsmuster in der Diskussion als Ergebnis der Faktorenanalyse

Grund	Wert-orientiert	Makrosozial	Unzufriedenheit und Misstrauen	Neid	Eigentumsbewahrend
Gleichheitsprinzip	0,39				-0,31
Gerechtigkeitsprinzip				0,54	
Leistungsprinzip	0,64				
Eigentumsprinzip	0,35				0,53
Neid				0,63	
Unzufriedenheit			0,73		
Demokratie		0,30		0,55	
Soziale Ungleichheit		0,66			
Einkommensarten					-0,65
Wohneigentum		0,50			
Rahmenbedingungen	-0,63				
Wirtschaftsbezug		0,53			
Doppelte Besteuerung		-0,35			
Staatshaushalt			0,79		
Auslandsbezug					0,36

Faktorladungen als Ergebnis der Faktorenanalyse durch Hauptkomponentenanalyse und nach orthogonaler Varimax-Rotation mit Kaiser-Normalisierung. Faktorladungen <|.3| sind nicht aufgeführt. Faktorladungen $\geq|.3|$ und <|.6| sind hellgrau hervorgehoben. Faktorladungen $\geq|.6|$ sind dunkelgrau dargestellt.

Makrosoziales Muster: Im zweiten ermittelten Muster spielen vor allem Argumente eine Rolle, die sich auf die Auswirkungen der Erbschaftssteuer auf makrosoziale Aspekte beziehen. Hier sind vor allem die beschriebenen Argumente zur sozialen Ungleichheit und Sozialstruktur zu nennen, aber auch die Auswirkungen der Erbschaftssteuer auf die Wirtschaft, zum Beispiel durch Auszahlungsansprüche von Erben oder mögliche Belastung von Familienunternehmen. Auch die Frage, ob eigengenutztes Wohneigentum unter die Erbschaftssteuer fallen würde und sollte, sowie Auswirkungen auf die Demokratie und öffentliche Meinung werden in diesem Zusammenhang diskutiert. Diskussionen, ob die Erbschaftssteuer eine Mehrfachbesteuerung darstellt, sind in diesem Muster besonders selten vorzufinden.

Unzufriedenheit und Misstrauen: Dieses Argumentationsmuster zeichnet sich durch den Ausdruck von Unzufriedenheit mit dem Staat, Politikern oder der Verwaltung aus. In diesem Zusammenhang werden auch sehr stark Aspekte diskutiert, die den Staatshaushalt betreffen, also etwa der Umgang mit Staatsfinanzen, Auswirkungen auf den Staatshaushalt, oder ob die aktuelle Finanzpolitik die Erbschaftssteuer rechtfertigt oder nicht.

Neid: Das vierte Muster wird sehr stark von der Diskussion um Neid geprägt. Auch die Frage, ob eine Erbschaftssteuer gerecht ist, oder auch die Auswirkungen auf die Demokratie spielen im Zusammenhang mit Neid eine Rolle. Diskutiert wird etwa, ob die Erbschaftssteuer aus Neid gefordert wird, oder ob Neid die falsche Kategorie ist und es stattdessen um Gerechtigkeit gehen sollte.

Eigentumsbewahrend: Das fünfte Muster ist geprägt durch die Hervorhebung des Eigentumsprinzips. Insbesondere die Forderung nach der Umverteilung zwischen den Einkommensarten Einkommen und Vermögen wird in diesem Zusammenhang nicht diskutiert, was den Schluss zulässt, dass bestehende Eigentumsverhältnisse gerechtfertigt werden. Dementsprechend wird auch das Gleichheitsprinzip weniger angeführt. Die Praxis im Ausland wird mitdiskutiert, wobei es sich um nicht vorhandene Erbschaftssteuern in anderen Staaten handeln kann, aber auch um nicht mehr existierende Staaten wie etwa die DDR.

Verwendung der Argumentationsmuster

In einem nächsten Schritt untersuchen wir, wie die ermittelten Argumentationsstrukturen in den Kommentaren verwendet wurden. Mithilfe von Clusteranalysen ermitteln wir – auch unter Berücksichtigung der Positionen zur Erbschaftsteuer – homogene Gruppen von Kommentaren, welche Argumentationsstrukturen in ähnlicher Weise verwenden. Ziel ist es, zu beschreiben, wie die vorkommenden Argumentationsstrukturen untereinander und mit den Positionen zur Erbschaftsteuer zusammenhängen.

Clusteranalyse

Als Grundlage für die Clusteranalyse wurden nach der Hauptkomponentenanalyse standardisierte Faktorwerte der fünf Argumentationsmuster für die 1.092 Kommentare ermittelt. Diese zeigen an, ob der jeweilige Faktor in einem Kommentar durchschnittlich ($=0$), überdurchschnittlich (>0) oder unterdurchschnittlich (<0) im Vergleich zu allen anderen Kommentaren repräsentiert ist. Zusätzlich wurde die Position zur Erbschaftsteuer als binäres Merkmal⁸ aufgenommen. Aufgrund der metrischen Skalierung der Faktorwerte und der dichotomen Skalierung der Position wird das Proximitätsmaß für gemischte Skalenniveaus nach Gower (1971) verwendet. Zunächst wird damit eine hierarchische Clusteranalyse mit dem Ward's Linkage Fusionsalgorithmus durchgeführt (Ward 1963). Grund für die Wahl des Verfahrens ist, dass Ward's Linkage dafür geeignet ist, die Homogenität in den Gruppen und Heterogenität zwischen den Gruppen am besten zu gewährleisten (Backhaus et al. 2016: 489). Die Anzahl der Cluster wurde durch ein Dendrogramm sowie unter Heranziehung der Plausibilität der Lösungen ermittelt (vgl. Anhang B). Auf Basis der ermittelten Vier-Cluster-Lösung wurde anschließend eine Clusterzentrenanalyse mit dem k-means-Verfahren durchgeführt, um möglicherweise durch das hierarchische Verfahren entstandene ineffiziente Gesamtlösungen zu optimieren.

8 Zustimmung = 1, Ablehnung = 0.

Verwendung durch Gegner und Befürworter

Die Clusteranalyse legt vier Kommentargruppen nahe, die ein homogenes Verwendungsmuster der Argumentationsstrukturen aufweisen. Aufschluss darüber, wie die verschiedenen Argumentationsmuster verwendet werden, geben die mittleren Faktorwerte in den ermittelten Gruppen (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5 Verwendung der Argumentationsmuster in den Gruppen

	Befürworter	Unzufriedene Gegner	Wertorientiert-bewahrende Gegner	Makrosoziale Gegner
Wertorientiert	0,01 (0,96)	-0,33 (1,68)	1,20 (0,94)	-0,06 (1,27)
Makrosozial	0,05 (1,13)	-0,36 (0,38)	-0,31 (0,62)	1,54 (0,90)
Unzufriedenheit und Misstrauen	-0,15 (0,78)	0,14 (1,10)	0,13 (1,39)	-0,02 (0,87)
Neid	-0,06 (1,04)	-0,08 (0,61)	0,75 (1,30)	-0,22 (1,30)
Eigentumsbewahrend	-0,33 (1,06)	-0,03 (0,46)	1,18 (1,00)	0,30 (1,22)

Dargestellt sind die mittleren Faktorwerte in den Gruppen und die Standardabweichung in Klammern. Werte um 0 bedeuten, dass das Argumentationsmuster im Vergleich zu allen anderen Kommentaren etwa durchschnittlich oft verwendet wurde. Werte $>|.1|$ sind hellgrau hervorgehoben. Werte $>|.3|$ sind dunkelgrau dargestellt.

Die erste Gruppe besteht aus allen 460 Kommentaren, die für die Erbschaftssteuer argumentieren. Die 632 Kommentare der Gegner stellen sich jedoch heterogener, in drei distinkten Verwendungsmustern dar. Ein erstes Ergebnis unserer Analyse ist also, dass die Argumentation der Gegner aus erkennbar heterogenen distinkten Bestandteilen besteht (vgl. Tabelle 6).

Befürworter: Es zeigt sich, dass die Befürworter der Erbschaftssteuer durchschnittlich oft das wertorientierte und das makrosoziale Argumentationsmuster verwenden. Zusammen mit der Diskussion um Neid werden diese drei Muster also im Vergleich zu allen anderen Kommentaren von den Befürwortern etwa durchschnittlich oft verwendet. Im Vergleich zu den Gegnern fällt jedoch auf, dass die ersten zwei Argumentationsmuster beide durchschnittlich verwendet werden, während in allen anderen Gruppen mindestens eins von beiden besonders oft oder besonders selten vorkommt. Das stärkste Merkmal dieser Gruppe ist, dass das eigentumsbewahrende Argumentationsmuster

Tabelle 6 Positionen zur Erbschaftssteuer und ihre Verwendungsmuster

Verwendungsmuster	Position zur Erbschaftssteuer					
	Gegner		Befürworter		Gesamt	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Befürworter			460	100	460	42,1
Unzufriedene Gegner	413	65,3			413	37,8
Wertorientiert-bewahrende Gegner	113	17,9			113	10,3
Makrosoziale Gegner	106	16,8			106	9,7
Gesamt	632	100	460	100	1.092	100

wesentlich seltener verwendet wird. Auch das Muster Unzufriedenheit und Misstrauen wird von den Befürwortern der Erbschaftssteuer seltener angeführt. Insgesamt lässt sich also für die Gruppe der Befürworter kein Muster ausmachen, welches sehr häufig verwendet wird. Unzufriedenheit und Misstrauen sowie vor allem auf Eigentumsbewahrung zielende Argumente sind jedoch eher bei den Gegnern vorzufinden.

Unzufriedene Gegner: In dieser Gruppe fällt auf, dass nur das Muster Unzufriedenheit und Misstrauen überdurchschnittlich auftaucht. Die Muster Neid und Eigentumsbewahrend treten etwa durchschnittlich oft auf, während das wertorientierte und das makrosoziale Muster von dieser Gruppe besonders selten verwendet werden. Darüber hinaus tritt keines der ermittelten Argumentationsmuster stark überdurchschnittlich auf. Bei dieser Gruppe handelt es sich mit 65,3 Prozent um die größte Gruppe unter den Gegnern.

Wertorientiert-bewahrende Gegner: Diese Gruppe argumentiert stark überdurchschnittlich wertorientiert und eigentumsbewahrend. Auch die Diskussion um Neid tritt hier verstärkt auf. Besonders selten wird von dieser Gruppe hingegen das makrosoziale Argumentationsmuster vorgebracht. Von der Gruppe der unzufriedenen Gegner unterscheidet sich diese Gruppe insbesondere durch die Verwendung des Musters Wertorientierung. Knapp 18 Prozent der Kommentare der Gegner sind in dieser Gruppe anzusiedeln.

Makrosoziale Gegner: Diese Gruppe zeichnet sich durch die stark überdurchschnittliche Verwendung makrosozialer Argumentationsstrukturen aus. Zusätzlich wird relativ oft eigentumsbewahrend argumentiert. Während Wertorientierung und Unzufriedenheit etwa durchschnittlich häufig angeführt werden, kommt die Diskussion um Neid in dieser Gruppe eher selten vor. Mit 16,8 Prozent ist sie vergleichbar oft vertreten wie die Gruppe der wertorientiert-bewahrenden Kommentare der Gegner.

5 Diskussion und Schlussfolgerung

Ziel der vorgenommenen Auswertung von zwei Online-Diskussionsforen zum Thema der Erbschaftsbesteuerung war es, die Strukturen des Diskurses zur Erbschaftsbesteuerung in Deutschland und Österreich zu ermitteln. Während die grundsätzliche Einstellung zu der Steuer aus Meinungsumfragen bekannt ist, wurden die Begründungen für Gegnerschaft beziehungsweise Befürwortung der Steuer bisher nicht untersucht.

Die vorgenommene inhaltsanalytische Auswertung von 2.017 Online-Kommentaren mit insgesamt 3.573 auswertbaren Argumentbegründungen zeigt zunächst einmal, dass in beiden Ländern überwiegend Position gegen die Erbschaftssteuer bezogen wird. Dieses Resultat entspricht den bekannten Ergebnissen aus Meinungsumfragen.

Bei den Begründungen der jeweiligen Positionen wird deutlich, dass die Gegner der Erbschaftssteuer häufig auf Rahmenbedingen verweisen, die nach ihrem Dafürhalten die Erhebung der Steuer ineffektiv erscheinen lassen. Es müsse mit Verlagerungsstrategien gerechnet werden, es werden unlösbare Bewertungsfragen ebenso wie eine angeblich fehlende gesellschaftliche Akzeptanz für die Steuer angeführt. Argumente, die sich in diesem Sinn auf Rahmenbedingungen beziehen, gehen einer direkten normativen Bewertung der Erbschaftssteuer aus dem Weg, indem sie sich hinter behaupteten unbeeinflussbaren Faktoren „verstecken“. Auch die Befürworter der Erbschaftssteuer beziehen sich auf Rahmenbedingungen. Sie tun dies sogar in leicht höherem Maß als die Gegner der Steuer, ziehen dabei aber naturgemäß andere behauptete Zusammenhänge heran. So sei die Erhebung der Steuer praktisch möglich, die Steuer sei ein wirksames Instrument der Steuervereinnahmung, sie würde akzeptiert, zumindest soweit nur die wirklich großen Vermögen besteuert würden, und die Notwendigkeit der Erzielung von Staatseinnahmen mache die Steuer sinnvoll.

Die vermeintliche Unabänderlichkeit von sozialer Ungleichheit, wie sie in dem Bezug auf generelle Rahmenbedingungen durchscheint, wurde schon in der Forschung zu Deutungsmustern sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit als wichtiger Bezugspunkt von Einstellungen aufgezeigt. So ermittelt Sachweh (2010) Deutungsmuster systembedingter Legitimation von sozialer Ungleichheit, indem Ursachen in externen gesellschaftlichen Umständen gesucht werden. Der hohe Anteil der Argumente mit Bezug auf Rahmenbedingungen scheint die Bedeutung dieses Zusammenhangs zu bestätigen. Trotzdem lässt sich darüber auf der Grundlage unserer Untersuchung nur sagen, dass der Verweis auf allgemeine Rahmenbedingungen sowohl bei den Befürwortern als auch bei den Gegnern der Erbschaftssteuer eine wichtige Rolle spielt und dass er eine geringere Bedeutung hat, wenn zugleich wertorientiert argumentiert wird. Dieser Punkt unserer Untersuchung gibt Anlass dazu, Legitimations- und Argumentationsmuster mit Betonung externer Umstände in zukünftigen Untersuchungen stärker in den Fokus zu rücken, zum Beispiel durch die Untersuchung der Frage, unter welchen Umständen und von wem darauf zurückgegriffen wird.

Bei den inhaltlichen Begründungen verweisen die Gegner der Erbschaftssteuer insbesondere auf das Recht der Vererbung von Eigentum als liberalem Grundrecht und sie verweisen auf die Leistungen des Erblassers, die durch die Besteuerung des Erbes bestraft würden. Außerdem führen die Gegner eine allgemeine Unzufriedenheit mit den staatlichen Institutionen und das technische Argument einer angeblichen Doppelbesteuerung an, da der Erblasser das Vermögen ja bereits versteuert habe.

Die Befürworter der Steuer verwenden hingegen ein völlig anderes argumentatives Repertoire. So steht bei ihnen die Problematik sozialer Ungleichheit weit vorne bei den Begründungen für die Steuer. Durch die Erbschaftssteuer könne soziale Ungleichheit korrigiert werden. Auch die Befürworter der Steuer beziehen sich auf das Leistungsprinzip, interpretieren dies jedoch ganz anders als die Befürworter. Nicht die Leistungen des Erblassers, sondern die Leistungslosigkeit der Erben wird in den Vordergrund gerückt.

Darüber hinaus wird das Argument der Mehrfachbesteuerung zurückgewiesen und beim Eigentumsprinzip wird die Sozialverpflichtung des Eigentums hervorgehoben.

Sowohl bei Gegnern wie bei Befürwortern fällt auf, dass einige Argumente kaum eine Rolle spielen, die in Stellungnahmen von Interessenverbänden und Experten regelmäßig angeführt werden. Das gilt vor allem für die Frage der Folgen der Erbschaftssteuer für Unternehmen. Dies ist überraschend, weil zumindest im Interview im Standard dieses Thema ausführlich erörtert wurde. Die Ursache hierfür könnte in der sozialen Position der Kommentierenden liegen: Die Anliegen von Unternehmern berühren die Kommentatoren nicht und liegen außerhalb ihres eigenen unmittelbaren Interessensbereichs. Ein anderer Grund könnte sein, dass zumindest in Österreich dieses Argument nur eine untergeordnete Bedeutung im öffentlichen Diskurs spielt (Marterbauer/Schürz 2007), sodass die Hinweise aus dem Interview in dem Online-Forum nicht aufgenommen wurden.

In den nachfolgenden Faktoren- und Clusteranalysen konnten wir zunächst fünf unterschiedliche Muster der Argumentation unterscheiden. Die Kommentatoren argumentieren wertorientiert, rücken makrosoziale Folgen in den Vordergrund, betonen Misstrauen und Unzufriedenheit gegenüber den staatlichen Instanzen, heben das Neidmotiv hervor oder verweisen auf die Bewahrung von Eigentum in der Familie. Diese Faktoren unterscheiden zunächst noch nicht zwischen Gegnern und Befürwortern der Erbschaftssteuer. In der anschließenden Clusteranalyse zeigen sich die strukturellen Unterschiede der Argumentation von Gegnern und Befürwortern. Bei den Befürwortern sticht keines der zuvor genannten Argumentationsmuster besonders heraus, die Befürworter der Steuer zeichnen sich vielmehr dadurch aus, dass sie bestimmte Argumentationsmuster auffällig häufig nicht verwenden. Dies gilt für das Muster Eigentumbewahrend. Andere Argumentationsmuster, die bei den Gegnern eine besonders wichtige Rolle spielen, sind bei den Befürwortern nur durchschnittlich vertreten.

Während sich die Befürworter in ein nicht distinkt heterogenes Feld gruppieren lassen, argumentieren die Gegner der Steuer in unterscheidbar heterogener Weise. Die größte Gruppe der von ihnen abgegebenen Kommentare (65,3 Prozent) lässt sich als „unzufriedene Gegner“ charakterisieren, bei denen überwiegend die Unzufriedenheit und das Misstrauen gegen staatliche Institutionen im Vordergrund steht. Daneben lässt sich eine Gruppe von Kommentaren der Gegner der Steuer erkennen, die wir als wertorientiert-bewahrend bezeichnen (17,9 Prozent), und für die insbesondere das Argument der Erbschaftssteuer als illegitimer Eingriff in ein Familieneigentum und der Verweis auf die Leistungen des Erblassers im Vordergrund stehen. Ebenso spielt für diese Gruppe das den Befürwortern der Steuer unterstellte Neidmotiv eine wichtige Rolle. Makrosoziale Argumente sind hingegen auffällig unterrepräsentiert. Schließlich gibt es eine Gruppe von Kommentaren der Gegner der Steuer (16,8 Prozent), bei denen makrosoziale Argumente gerade in den Vordergrund gerückt werden. Diese Kommentare beziehen sich bei Verwendung makrosozialer Argumente etwa auf eingeschränkte Aufstiegsmöglichkeiten oder sogar eine wahrgenommene ökonomische Abstiegsbedrohung der Mittel-

schicht, die durch die Steuer noch befördert würde. Zudem werden in dieser Gruppe etwa der mögliche Verlust von Wohneigentum durch die Erbschaftssteuer, gelegentlich negative Auswirkungen auf die Wirtschaft oder ein wahrgenommener undemokratischer Charakter der Erbschaftssteuer angeführt.

Mit der Analyse der Online-Kommentare konnten wir dominante Begründungsstrukturen für die Position zur Erbschaftssteuer bei Gegnern und Befürwortern der Steuer aufzeigen. Damit beschreitet die Untersuchung Neuland, da Umfragen zur Erbschaftssteuer bislang solche Begründungen nicht erfragt haben und inhaltsanalytische Auswertungen sich auf Parlaments- und Expertendiskurse beschränkten (Beckert 2004). Ein auffälliger Unterschied zwischen den Online-Kommentaren und Expertendebatten ist die stärkere Betonung der Problematik wirtschaftlicher Folgen der Steuer, vor allem bei der Unternehmensnachfolge, bei den sich öffentlich äussernden Interessenvertretern und Experten. In Parallele zu der inhaltsanalytischen Auswertung von Parlamentsdebatten zeigt sich hingegen in unserer Untersuchung, dass bestimmte gesellschaftlich stark legitimierte normative Prinzipien sowohl von Gegnern und Befürwortern als Bezugspunkte genutzt, aus diesen Prinzipien jedoch umgekehrte Schlüsse gezogen werden. Dies gilt insbesondere für das Leistungsprinzip, das einerseits als Argument für den Schutz des vom Erblasser selbst erwirtschafteten Vermögens angeführt wird und andererseits als Begründung für die Besteuerung der sich leistungslos bereichernden Erben.

Politisch lässt sich aus der Clusteranalyse der Schluss ziehen, dass die Befürworter der Steuer vermutlich erst dann eine Mehrheit bilden können, wenn es ihnen gelingt, die Gegner der Steuer davon zu überzeugen, dass die Steuer nicht einfach in die Hände „inkompetenter“ und „verschwenderischer“ staatlicher Akteure gelangt, sondern einen sinnvollen Beitrag zur Gestaltung des Gemeinwesens leisten kann. Dies kann möglicherweise erreicht werden, indem die Erbschaftssteuer in der politischen Auseinandersetzung gezielt mit auf Chancengerechtigkeit zielenden Investitionen wie etwa im Bildungsbereich verbunden wird. Überzeugt werden müssten die Gegner der Steuer, dass die staatlichen Institutionen in gemeinwohlförderlicher Weise mit den Steuermitteln umgehen würden.

Weitere Forschung zu den einzelnen Argumenten und Bestandteilen des Diskurses um die Erbschaftssteuer wäre im Zusammenhang mit der Untersuchung der Legitimation von sozialer Ungleichheit im Allgemeinen sinnvoll. Darüber hinaus könnte die Untersuchung in Bezug auf die Erbschaftssteuer auf weitere Länder ausgedehnt und so eruiert werden, wie sich die Begründungen für Positionen zur Erbschaftssteuer in jeweiligen nationalen Kontexten unterscheiden.

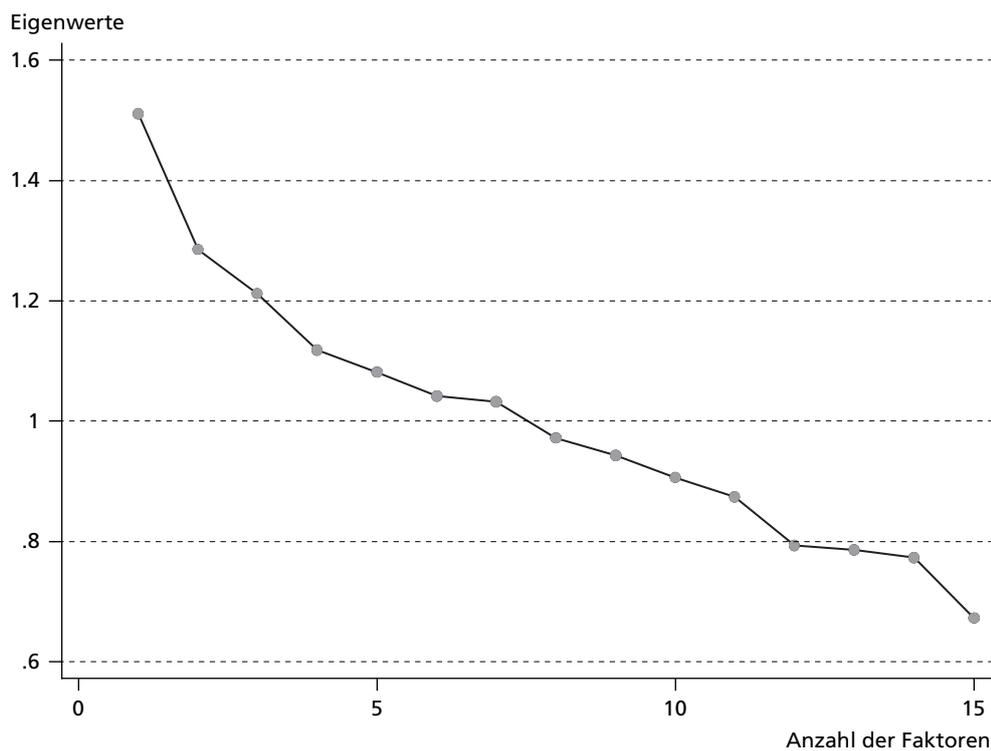
Anhang

A Ermittlung der zu extrahierenden Faktoren

Zur Ermittlung der Faktorenanzahl wurde grafisch die Entwicklung der Eigenwerte der Faktoren (Scree-Test) und theoretische Plausibilität herangezogen.

Abbildung A-1 zeigt, dass die ersten sieben Faktoren das Kaiser-Kriterium erfüllen. Bei dem sechsten Faktor kann ein Knick in der Entwicklung der Eigenwerte erkannt werden, was eine Lösung mit fünf Faktoren nahelegt. Diese Lösung scheint zudem theoretisch plausibel. Eine zweite vertretbare Lösung würde die Extraktion von sechs Faktoren darstellen, da sich auch beim siebten Faktor ein Knick erkennen lässt. Die Lösung mit weniger Faktoren stellt jedoch eine größere Datenreduktion dar und repräsentiert mit 41 Prozent der Varianz die Ergebnisse der Inhaltsanalyse zufriedenstellend.

Abbildung A-1 Entwicklung der Eigenwerte der ermittelten Faktoren

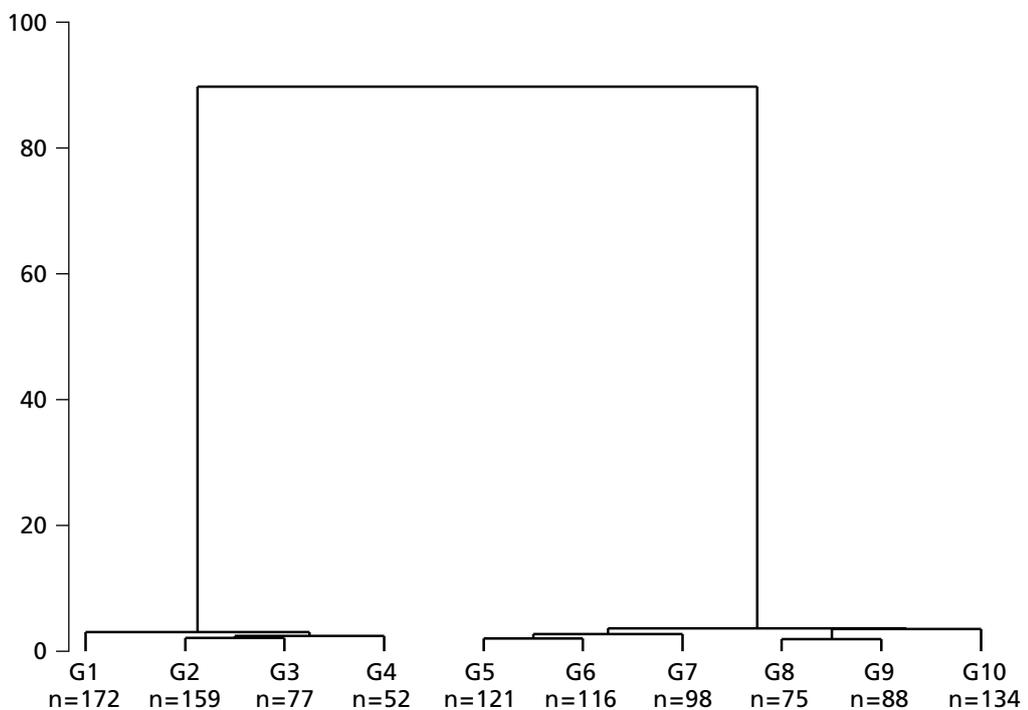


B Ermittlung der Clusterzahl

Die Ermittlung der Clusterzahl fand mithilfe eines Dendrogramms und in Abgleich mit der theoretischen Plausibilität der Lösungen statt. Durch das Dendrogramm bieten sich mehrere Lösung an. Während die Trennung von Befürwortern und Gegnern eindeutig zu erkennen ist, käme neben der gewählten Lösung etwa auch eine Lösung mit fünf oder mehr Clustern infrage. Die gewählte Lösung erschien jedoch theoretisch und in der weiteren Analyse als plausibel und ertragreich.

Abbildung B-1 Dendrogramm der hierarchischen Clusteranalyse mit Ward's Linkage Fusionsalgorithmus und Distanzmaß nach Gower. Angezeigt werden die zehn höchsten Branches

Distanzmaß nach Gower



Literatur

- Altzinger, Wilfried/Stefan Humer, 2013: *Simulation des Aufkommens verschiedener Erbschaftsbesteuerungen*. Wien: Wirtschaftsuniversität Wien (Wu).
- Backhaus, Klaus, et al., 2016: *Multivariate Analysemethoden: Eine anwendungsorientierte Einführung*. Berlin: Springer.
- Beckert, Jens, 2004: *Unverdientes Vermögen: Soziologie des Erbrechts*. Frankfurt a.M.: Campus.
- , 2013: *Erben in der Leistungsgesellschaft*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Best, Samuel J./Brian S. Krueger, 2005: Analyzing the Representativeness of Internet Political Participation. In: *Political Behavior* 27, 183–216.
- Blom, Robin, et al., 2014: Frequent Contributors Within US Newspaper Comment Forums: An Examination of Their Civility and Information Value. In: *American Behavioral Scientist* 58, 1314–1328.
- Bruckner, Regina, 2014: „Erbe und Arbeit gleich besteuern“. Interview mit Jens Beckert. In: *Der Standard*, 13.12.2014, 3.
- Escher, Tobias, 2013: Wi(e)der die „üblichen Verdächtigen“? Politische Beteiligung via Internet. In: Jens Wolling/Markus Seifert/Martin Emmer (Hg.), *Politik 2.0?: Die Wirkung computervermittelter Kommunikation auf den politischen Prozess*. Baden-Baden: Nomos, 131–151.
- Friedrichs, Julia, 2015: *Wir Erben: Was Geld mit Menschen macht*. Berlin: Berlin Verlag.
- Fuchs, Christian, 2006: *eParticipation Research: A Case Study on Political Online Debate in Austria*. Research Paper. Center, Ict&S. Salzburg. University of Salzburg.
- Gaisbauer, Helmut, et al., 2013: *Erbschaftssteuer im Kontext*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gower, J. C., 1971: General Coefficient of Similarity and Some of Its Properties. In: *Biometrics* 27, 857–871.
- Haas, Alexander/Till Keyling/Hans-Bernd Brosius, 2010: Online-Diskussionsforen als Indikator für interpersonale (Offline-)Kommunikation? Methodische Ansätze und Probleme. In: Nikolaus Jakob et al. (Hg.), *Das Internet als Forschungsinstrument und -gegenstand in der Kommunikationswissenschaft*. Köln: Halem, 246–266.
- Harris, Brian D./Charlie V. Morgan/Benjamin G. Gibbs, 2014: Evidence of Political Moderation over Time: Utah's Immigration Debate Online. In: *New Media & Society* 16, 1309–1331.
- Hucht, Margarete, 2015: Vermögensverteilung in Deutschland: „Viele Erben fühlen sich schuldig“. Interview mit Julia Friedrichs. In: *Spiegel Online*, 18.3.2015.
- Infratest, 2013: *ARD-DeutschlandTREND: Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT*, Mai 2013. Berlin. Infratest dimap.
- Kaiser, Henry F., 1974: An Index of Factorial Simplicity. In: *Psychometrika* 39, 31–36.
- Market Institut, 2014: *Erbschafts- und Vermögenssteuer: Brauchen wir diese Steuern?* Linz: market – Institut für Markt-, Meinungs- und Mediaforschung. <www.market.at/de/market-aktuell/news/entity.detail/action.view/key.1117.html>
- Marterbauer, Markus/Martin Schürz, 2007: Der Streit um die Abschaffung der Erbschaftssteuer in Österreich. In: *WISO: Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift* 30, 35–52.
- Melchior, Josef/Martin Schürz, 2015: Gerechtigkeitsurteile und Vermögensverteilung in Österreich – Wahrnehmung der Realität und Realität der Wahrnehmung von Ungleichheit. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 41, 199–233.
- Prabhakar, Rajiv, 2012: What Do the Public Think of Taxation? Evidence from a Focus Group Study in England. In: *Journal of European Social Policy* 22, 77–89.
- Sachweh, Patrick, 2010: *Deutungsmuster sozialer Ungleichheit*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Schinke, Christoph, 2012: *Inheritance in Germany 1911 to 2009: A Mortality Multiplier Approach*. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 462. Berlin. DIW Berlin.
- Schmidt, Matthias, 2015: Sieben von zehn Deutschen finden Erbschaftssteuer unfair. In: *YouGov*, 3.4.2015. <<https://yougov.de/news/2015/04/03/sieben-von-zehn-deutschen-finden-erbschaftssteuer-/>> (abgerufen am 1.6.2016)

- Schweiger, Wolfgang/Miriam Weihermüller, 2008: Öffentliche Meinung als Online-Diskurs: Ein neuer empirischer Zugang. In: *Publizistik* 53, 535–559.
- Strandberg, Kim, 2008: Public Deliberation Goes On-line? An Analysis of Citizens' Political Discussions on the Internet Prior to the Finnish Parliamentary Elections in 2007. In: *Javnost-the Public* 15, 71–89.
- Ward, J. H., 1963: Hierarchical Grouping to Optimize an Objective Function. In: *Journal of the American Statistical Association* 58, 236–244.
- Weber, L. M./A. Loumakis/J. Bergman, 2003: Who Participates and Why? An Analysis of Citizens on the Internet and the Mass Public. In: *Social Science Computer Review* 21, 26–42.

Recent Titles in the Publication Series of the MPIfG

MPIfG Discussion Papers

DP 16/7

A. Daoud, S. Kohl

How Much Do Sociologists Write About Economic Topics? Using Big Data to Test Some Conventional Views in Economic Sociology, 1890 to 2014

DP 16/6

R. Bronk, W. Jacoby

Uncertainty and the Dangers of Monocultures in Regulation, Analysis, and Practice

DP 16/5

A. Reurink

Financial Fraud: A Literature Review

DP 16/4

R. Mayntz

Illegal Markets: Boundaries and Interfaces between Legality and Illegality

DP 16/3

L. Elsässer, A. Schäfer

Group Representation for the Working Class? Opinion Differences among Occupational Groups in Germany

DP 16/2

M. Dewey

Porous Borders: The Study of Illegal Markets from a Sociological Perspective

DP 16/1

L. Haffert

Permanent Budget Surpluses as a Fiscal Regime

DP 15/11

M. Höpner, A. Spielau

Diskretionäre Wechselkursregime: Erfahrungen aus dem Europäischen Währungssystem, 1979–1998

DP 15/10

A. Maatsch

Empowered or Disempowered? The Role of National Parliaments during the Reform of European Economic Governance

DP 15/9

E. Carter

Constructing Quality: Producer Power, Market Organization, and the Politics of High Value-Added Markets

DP 15/8

P. Korom, M. Lutter, J. Beckert

The Enduring Importance of Family Wealth: Evidence from the *Forbes 400*, 1982 to 2013

DP 15/7

A. Leendertz

Das Komplexitätssyndrom: Gesellschaftliche „Komplexität“ als intellektuelle und politische Herausforderung in den 1970er-Jahren

MPIfG Books

J. Beckert

Imagined Futures:

Fictional Expectations and Capitalist Dynamics
Harvard University Press, 2016

T. Ergen

Große Hoffnungen und brüchige Koalitionen: Industrie, Politik und die schwierige Durchsetzung der Photovoltaik
Campus, 2015

B. E. Fulda

Immer weniger Kinder?

Soziale Milieus und regionale Geburtenraten in Deutschland
Campus, 2016

L. Haffert

Freiheit von Schulden – Freiheit zum Gestalten? Die Politische Ökonomie von Haushaltsüberschüssen
Campus, 2015

A. Leendertz, W. Meteling (Hg.)

Die neue Wirklichkeit:

Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren
Campus, 2016

P. Mader

The Political Economy of

Microfinance: Financializing Poverty
Palgrave Macmillan, 2015

Ordering Information

MPIfG Discussion Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF files from the MPIfG website (free).

MPIfG Books

At bookstores; abstracts on the MPIfG website.

www.mpifg.de

Go to *Publications*.

New Titles

Consult our website for the most complete and up-to-date information about MPIfG publications and publications by MPIfG researchers. To sign up for newsletters and mailings, please go to *Service* on the MPIfG website. Upon request to info@mpifg.de, we will be happy to send you our Recent Publications brochure.

ERPA

MPIfG Discussion Papers and MPIfG Working Papers in the field of European integration research are included in the *European Research Papers Archive (ERPA)*, which offers full-text search options: <http://eiop.or.at/erpa>.

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften. Es betreibt anwendungsorientierte Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Mit einem vornehmlich institutionellen Ansatz wird erforscht, wie Märkte und Wirtschaftsorganisationen in historische, politische und kulturelle Zusammenhänge eingebettet sind, wie sie entstehen und wie sich ihre gesellschaftlichen Kontexte verändern. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften.

The Max Planck Institute for the Study of Societies conducts advanced basic research on the governance of modern societies. It aims to develop an empirically based theory of the social and political foundations of modern economies by investigating the interrelation between economic, social and political action. Using primarily an institutional approach, it examines how markets and business organizations are embedded in historical, political and cultural frameworks, how they develop, and how their social contexts change over time. The institute seeks to build a bridge between theory and policy and to contribute to political debate on major challenges facing modern societies.

